

**Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

Bonn, den 29. Mai 1969

III B 2-3149.2 - 72/69

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: **Auswirkungen der Franc-Disparität im Terminhandel
auf den Getreidemarkt**

Bezug: **Kleine Anfrage der Abgeordneten Struve, Bauknecht
und Genossen
— Drucksache V/4176 —**

Die vorgenannte Kleine Anfrage beantworte ich namens der
Bundesregierung wie folgt:

1. Worin sieht die Bundesregierung die Ursache für die außerordentlich hohen Getreideimporte aus Frankreich im laufenden Wirtschaftsjahr?

In welchem Ausmaß werden Terminkäufe von französischem Getreide durch die Abweichungen des Franc-Terminkurses vom Tageskurs in der Bundesrepublik begünstigt?

Die Einfuhren aus Frankreich haben im laufenden Wirtschaftsjahr außergewöhnlich zugenommen, weil das französische Getreide auf Grund von Währungs-Termingeschäften mit dem französischen Franken in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Interventionspreis angeboten werden kann. Der Franc wird auf Termin mit erheblichen Abschlägen gehandelt.

Die Kursvorteile ermöglichen es, das französische Getreide bis zu 25 DM unter dem deutschen Preisniveau anzubieten.

2. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Getreideimporte aus Frankreich, die die Erfordernisse des Marktes übersteigen, zu unterbinden?

Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls die Einfuhren zeitweilig abzustoppen oder Grenzabgaben zu erheben, die den Kursgewinn bei Termingeschäften ausgleichen?

Die Bundesregierung hat auf Grund einer Ermächtigung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Schutzmaßnahmen gegen die Getreideeinfuhren aus Frankreich getroffen.

Getreide aus anderen Mitgliedstaaten, das nach dem 8. Mai 1969 zur Intervention angeboten wird, ist von der Intervention in der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen. Die Übergangsvergütung für Importe aus anderen Mitgliedstaaten, die nach einem von der Kommission festzusetzenden Datum vorgenommen werden, wird gekürzt werden. Diese Maßnahmen zielen insbesondere auf eine Normalisierung der Lage im laufenden Wirtschaftsjahr. Die Bundesregierung wird gegebenenfalls weitere Maßnahmen für das laufende und das neue Wirtschaftsjahr bei der Kommission beantragen.

3. Kann die Bundesregierung die Gewähr geben, daß der Getreidelagerraum in der Bundesrepublik nicht durch die genannten Importe so stark belegt wird, daß eine inländische Getreideernte im Umfang der letzten Jahre reibungslos aufgenommen werden kann?

Die Bundesregierung hat folgende Maßnahmen getroffen, um die Aufnahme einer inländischen Getreideernte im Umfang der letzten Jahre sicherzustellen:

- a) Die staatliche Vorratshaltung an Drittlandsgetreide wird zu Lasten der Einfuhren aus Drittländern radikal abgebaut.
- b) Die Interventionsstelle hat im großen Umfang Belegungs-garantien ausgegeben zur Beschaffung von weiterem Behelfslagerraum. Die Bundesregierung bemüht sich außerdem um weitere Läger in der Bundesrepublik Deutschland und Ausweidläger in den Nachbarländern, u. a. in der Schweiz, Österreich und Dänemark.
- c) Die Nahrungsmittelhilfe aus den Programmen 1968/69 und 1969/70 von insgesamt 600 000 t soll beschleunigt abgewickelt werden.

Hermann Höcherl